

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

18. März 2011

PRESSEMITEILUNG

zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2011

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma warnt vor akutem Rassismus in Europa –
Gefährdung durch rechtsextremistische Gewaltaufrufe im Internet

„Rassismus in Europa wird zunehmend auch in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert“, erklärte Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, heute in Heidelberg. Besonders gefährlich seien die massiv zunehmenden Gewaltaufrufe gegen Roma und Sinti durch Neonazis im Internet, die mittlerweile international verbreitet würden. Dies stelle eine neue Herausforderung für Staat und Gesellschaft in Europa dar. Ursache für den zunehmenden Rassismus sei einerseits der mangelhafte Schutz für nationale Minderheiten und zum andern, daß rassistische und die Minderheit stigmatisierende Argumente zunehmend von Repräsentanten einzelner Staaten selbst übernommen würden.

Besorgniserregend seien Entwicklungen wie aktuell in Ungarn, wo rechtsextreme Vereinigungen und Parteien paramilitärische Aufmärsche in Ortschaften organisieren, um gegen die dort lebenden Roma pauschal und massiv bedrohlich vorzugehen. So marschierten am 6. März 2011 in der etwa 2.500 Einwohner zählenden Ortschaft Gyöngyöspata annähernd 2.000 Mitglieder der rechtsextremen Partei „Jobbik“ und ihr nahestehende Gardien in schwarzen Uniformen auf und riegelten das dortige Roma-Stadtviertel ab. Da die rechtsextremen Gardien bis heute in Gyöngyöspata präsent sind, verlassen die Romafamilien aus Angst kaum noch ihre Häuser, ihre Kinder können nicht mehr zur Schule gehen. Der Bürgermeister und die Stadtverwaltung von Gyöngyöspata unternehmen nichts gegen diesen Aufmarsch von Rechtsextremisten – das Gewaltmonopol des ungarischen Staates wird von „Jobbik“ und den Gardien regelmäßig außer Kraft gesetzt.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma forderte den ungarischen Innenminister Sándor Pintér in einem Schreiben auf, den Schutz der Roma-Minderheit in Ungarn zu garantieren und die rechtsextremen Gardien, die in der Tradition der faschistischen „Pfeilkreuzler“ stehen, zu verbieten. Hierzu gehört auch das Verbot rassistischer Propaganda im Internet. Rose betonte, daß die Staatengemeinschaft sich entschiedener dagegen engagieren und im Rahmen einer internationalen Richtlinie staatenübergreifende Bekämpfungsmaßnahmen vereinbaren müsse. Auch aus einer Reihe anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Tschechien, Slowakei, Rumänien oder Bulgarien werden ähnliche Auftritte rechtsradikaler Organisationen berichtet.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt ausdrücklich die führende Rolle Ungarns bei der Entwicklung einer europäischen Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma. Ungarn, das gegenwärtig die Ratspräsidentschaft der EU innehat, will am 08. April 2011 in Budapest die EU-Strategie vorstellen. Rose unterstrich, daß auch bei einer EU-Strategie die Verantwortung für die nationalen Minderheiten grundsätzlich bei den jeweiligen Heimatstaaten liege.

Herbert Heuss

herbert.heuss@sintiundroma.de